

„Wir müssen noch hellhöriger werden“

Politiker diskutieren über Rechtsextreme

■ **Leopoldshöhe** (mib). Mit den Veranstaltungen der rechtsextremen Szene in Greste will sich jetzt die Politik befassen. „Ich werde anregen, dass dieses Problem in unserer Fraktion und mit den anderen Fraktionen besprochen wird“, erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Dirk Eger auf Anfrage der *Neuen Westfälischen*.

Dabei solle unter anderem erörtert werden, ob man die Problematik öffentlichkeitswirksam angehen kann. Zum Beispiel, indem man Eigentümern und Pächtern von Gaststätten bewusst macht, dass es solche Probleme geben könnte. Auch bei Freunden, Bekannten und Nachbarn des inzwischen geschlossenen „Ess-Werks“ wolle er einmal nachfragen, ob sie etwas zu dem Konzert sagen könnten, dass Rechtsextreme dort im September veranstaltet haben.

„Ich werde das Thema im Rat ansprechen“, erklärt Grünen-Fraktionsvorsitzender Jürgen Hachmeister. „Ich bin ziemlich erschüttert, dass so etwas in Leopoldshöhe stattgefunden hat.“ Wie alle befragten Fraktionsvorsitzenden erklärt auch Hachmeister, dass er von den Vorgängen keine Kenntnis gehabt habe. Bürger, Politiker und Verwaltung müssten für die Thematik sensi-

bilisiert werden, meinte er, „damit sie zukünftig auf Anzeichen reagieren.“

„Bisher sind wir in Leopoldshöhe weitestgehend von dieser Problematik verschont geblieben. Aber nun gilt es wohl, besonders wachsam zu sein nach dem Motto: Wehret den Anfängen“, so schlägt SPD-Fraktionsvorsitzender Dirk Puchert-Blöbaum in die gleiche Kerbe.

Dass der Staatsschutz Bielefeld von dem Konzert im September nichts gewusst habe, „stößt auf mein Unverständnis“, meinte CDU-Fraktionsvorsitzender Axel Meckelmann. „Er ist das Organ, das dafür zuständig ist.“ Auch er spricht sich dafür aus, dass die Leopoldshöher Politik und Verwaltung darauf achten und das ihnen Mögliche tun sollte, „damit sich rechtsradikales Gedankengut bei uns nicht ausbreitet. Wir müssen noch hellhöriger werden.“

Ordnungsamtsleiter Jürgen Taron hat von den Aktivitäten der rechtsextremen Szene in Greste laut eigener Aussage ebenfalls nichts gewusst. „Wenn wir davon Kenntnis gehabt hätten, hätten wir Kontakt mit dem Staatsschutz aufgenommen und ihn informiert.“ Der sei in solchen Fällen die zuständige Behörde für die Gefahrenabwehr.

Neue Westfälische, 16.11.2012